

BUCHBESPRECHUNGEN

FRITZ STERNBERG DIE MILITÄRISCHE UND DIE INDUSTRIELLE REVOLUTION

Verlag Franz Vahlen, Berlin und Frankfurt/Main, 1957,
344 Seiten, Leinen, 17,— DM

Wie immer behandelt Sternberg auch in diesem Buch die Dinge, die er speziell darzustellen sich zur Aufgabe macht, im großen weltpolitischen Zusammenhang. Im 1. Teil werden der gegenwärtige Stand der Rüstungstechnik und vor allem der Rüstungswettlauf zwischen den verschiedenen Staaten, insbesondere zwischen den USA und der Sowjetunion, geschildert. St. zeigt unter anderem auf, wie in steigendem Maße auch „kleine Kriege“, etwa in Asien oder Afrika, zur Entfaltung eines dritten Weltkrieges tendieren, obwohl ihn keine Regierung ernstlich wünscht. Er erläutert, warum die Produktion atomarer Waffen in immer mehr Ländern ebenfalls von diesen Ländern her die Gefahr eines neuen Weltkrieges vergrößern würde. Innerhalb Europas hält St. gegenüber einem vorgestellten Angriff von sowjetischer Seite eine sofortige Antwort der Gegenseite mit atomaren Waffen für gegeben.

Gegenüber allen Schwierigkeiten, die einer Abrüstung im Wege stehen und die St. im einzelnen darlegt, kann auch er nur für eine möglichst rasche Verständigung der USA und der Sowjetunion plädieren. Die Lösung der hinter der militärischen Rüstung stehenden politischen Differenzen können nur auf der Basis der Zählung der militärischen Revolution herbeigeführt werden.

Im 2. Teil stellt St. die heutige „industrielle Revolution“ dar: in ihrem Zusammenhang mit der geschilderten „militärischen Revolution“, im Vergleich mit der bisherigen industriellen Entwicklung und unter Herausarbeitung der Umwandlungen, die jetzt im Staat und in der Gesellschaft hervorgerufen werden. Der Stand der Automatisierung in verschiedenen Ländern wird im Zusammenhang mit soziologischen und politischen Schlußfolgerungen erörtert und dabei insbesondere auch die Möglichkeit einer rapiden industriellen Entwicklung in heute noch „unterentwickelten“ Gebieten behandelt.

In diesem Teil des Buches werden auch die Umwandlungen in den USA und in der Sowjetunion einer besonders gründlichen Analyse unterzogen, wobei Statistiken, offizielle Berichte und dergleichen mehr reichhaltig zitiert werden. Bemerkenswert ist u. a. die Feststellung, daß in den USA der Staat mit einer

Beschäftigung von 12 vH aller dortigen Arbeitskräfte der größte Unternehmer und die staatliche Einwirkung auf die Privatwirtschaft ständig im Steigen begriffen ist. Für die Durchführung der Automation ist es nach Sternberg von größter Bedeutung, ob die von ihr betroffenen Arbeitskräfte einen relativ hohen oder einen niedrigen Lebensstandard haben, wie in der Sowjetunion und noch weit mehr in den asiatischen Ländern. Ferner ist es von entscheidender Bedeutung, ob starke, vom Staat unabhängige Gewerkschaften vorhanden sind, die dafür sorgen, daß die neue industrielle Revolution zum Vorteil der breiten Schichten der Arbeitenden ausgenutzt wird.

Das Schlußkapitel ist der besonderen Forderung „Vermenschlichung der Arbeit“ gewidmet. Sternberg zeigt hier eine Reihe von Möglichkeiten auf, u. a. zur Überwindung der Monotonie der technisierten Arbeit immer nur an einem Arbeitsplatz. Er spricht von der *Illusion*, daß ein Zustand eintreten würde, in dem alle arbeitenden Menschen sich mit ihrer Arbeit verbunden fühlen. Aber es könne ein Zustand herbeigeführt werden, in dem alle Menschen, die es wollen, weit stärker mit ihrer Arbeit verbunden werden, als es in den letzten Generationen der Fall war, und in dem *diese* Menschen der Epoche das Gepräge geben. Irmgard Enderle

1789 — DIE GROSSE ZEITWENDE

Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main, 1957, 176 Seiten. In Leinen 9,80 DM, kart. 7,50 DM

Das Jahr 1789 der großen Französischen Revolution war gekennzeichnet durch die Erhebung des sogenannten Dritten Standes gegen die Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit, durch die Proklamation einer neuen Verfassung. Es gab innerhalb des Dritten Standes aber auch große Differenzen und Schwankungen, der endgültige Sturz des „ancien regime“ erfolgte nicht ohne das Drängen und den Aufruhr des immer mehr hervortretenden Vierten Standes. Um die Jahreswende 1789/90 hatten jedoch diejenigen Kräfte in der Gesellschaft und in der Nationalversammlung das Übergewicht, die einen Kompromiß erstrebten zwischen den noch immer im Ungleichgewicht befindlichen Klassen.

Paul Frölich hatte sich die Aufgabe gestellt, den gesamten Verlauf der Französischen Revolution darzustellen unter dem speziellen Aspekt, die dabei wirkenden sozialen Kräfte und ihr Aufeinanderwirken deutlich zu machen. Mitten in dieser Arbeit hat ihm der Tod die Feder aus der Hand genommen. Aber auch die zwei großen Abschnitte, die das Jahr 1789 sowie die Ursachen, die zu dessen Ereignissen führten, behandeln, verpflichten uns zum Dank an die Herausgeber, die das hinterlassene Material sichteteten und diesen Band der Allgemeinheit übergeben haben. Frölich zeigt sich darin nicht nur als allgemein verständlicher, glänzender Stilist. Er hat an Hand eines sehr gründlichen

und vielseitigen Quellenstudiums *nachgewiesen*, daß der Verlauf der Französischen Revolution von seinem Beginn an die marxistische Geschichtsauffassung bestätigt. Mit Frölichs eigenen Worten heißt das: „Der Faktor, der den Gang der Geschichte am entscheidendsten bestimmt, sind nicht vorgefaßte Absichten, sondern die verschiedenen sozialen Kräfte und die sich aus dieser Lage ergebenden Interessen.“ Er sagt und beweist weiter: „Die Geschichte der Revolution in ihrem tatsächlichen Verlauf ist nicht ein Ringen verschiedener Anschauungen, für die Kräfte mobilisiert werden, sondern sie ist ein gewaltiges Ringen großer Massen, in dessen Dienst politische Ideen und ihre Träger — Menschen und Parteien — gestellt werden.“ Es wäre sehr zu wünschen, daß die Herausgeber ihre Sichtungs- und Publikationstätigkeit weiter ausdehnen könnten, da die Arbeit von Paul Frölich weit mehr ist als nur die Hinzufügung noch einer Geschichte der großen Französischen Revolution zu vielen anderen.

Irmgard Enderle

FRITZ OPEL

DER DEUTSCHE METALLARBEITER- VERBAND WÄHREND DES ERSTEN WELTKRIEGES UND DER REVOLUTION

Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, Hannover und Frankfurt/Main, 1957, 144 Seiten, kart. 8,40 DM

In der Zahl der in letzter Zeit häufiger erscheinenden Arbeiten über Gewerkschaftsfragen verdient eine unlängst erschienene Veröffentlichung von Fritz Opel über die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) besondere Beachtung. Der Verfasser begnügt sich nicht mit einer Darstellung der ideologischen Entwicklung in den Gewerkschaften oder einer bloßen Beschreibung der Vorgänge in der Gewerkschaftsleitung, sondern verschafft dem Leser ein eindrucksvolles Bild vom Funktionieren der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Die organisatorische Entwicklung des DMV und die dabei unvermeidlich auftretenden innerverbandlichen Schwierigkeiten — nicht zuletzt auch die wechselseitige Beeinflussung von gewerkschaftlicher und parteipolitischer Tätigkeit — haben für alle Gewerkschafter höchstes Interesse, weil am Beispiel des DMV in dieser Arbeit ein außerordentlich gut belegtes Stück deutscher Gewerkschaftsgeschichte gegeben wird.

Im Gegensatz zu der heute häufigen sozialpolitischen Betrachtungsweise der Gewerkschaften wird an dieser Arbeit deutlich, wie sehr die Gewerkschaften auf das Bestehen einer demokratischen Staatsordnung angewiesen sind, wenn sie die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll vertreten wollen. Die in der Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn erschienene Untersuchung hat sich zwar keine gewerkschaftstheoretische Fragestellung gesetzt, macht aber durch die nüchterne

Darstellung des historischen Verlaufs gerade diesen Gesichtspunkt überzeugend klar.

Als Grundlage dienen Opel die reichen Bestände des Archivs der IG Metall und die im Amsterdamer Institut für Sozialforschung vorhandenen Materialien. Quellenmäßig gut fundiert, gelingt es dem Verfasser, die verschiedenen Entwicklungsphasen der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis zum ersten Weltkrieg klar herauszuarbeiten: Die Auseinandersetzung mit dem syndikalistisch-lokalistischen Denken, dann das allmähliche Selbständigwerden der Gewerkschaftsleitung gegenüber der bis dahin führenden SPD — das sich schon in den Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften um den Generalstreik zeigte — und nicht zuletzt die allmählichen Fortschritte, um die in Branchen aufgesplitterten Verbände zu Industrieverbänden zusammenzufassen. Der DMV war als Industrieverband gegründet worden, konnte aber erst kurz vor dem ersten Weltkrieg (also nach fast 25 Jahren) die noch bestehenden selbständigen Branchen in sich eingliedern.

Diese für das Verständnis der heutigen Gewerkschaften entscheidenden Probleme findet der Leser gleichsam am Rande, denn das Hauptanliegen der Arbeit ist die Darstellung der innerverbandlichen Auseinandersetzung während des ersten Weltkrieges bis zum Stuttgarter Verbandstag vom Oktober 1919. Der Krieg hatte die rechtliche Anerkennung der Gewerkschaften gebracht, weil ihre Mithilfe für die Kriegs- und Rüstungswirtschaft einfach unentbehrlich war. Das brachte die Gewerkschaftsleitung in einen immer stärker werdenden Gegensatz zu einer wachsenden Opposition innerhalb der Mitgliedschaft, die nicht mehr bereit war, den uferlosen Annektionsplänen der Militärs und Industriellen weiterhin Unterstützung zu gewähren. Die Leitung hingegen glaubte, der Vaterlandsverteidigung müßten alle anderen Ziele untergeordnet werden.

Gerade im DMV war die Opposition gegen diese Politik sehr stark. Nach der Spaltung der SPD im Krieg über die Frage der Kriegsunterstützung hatte die USPD bei den Metallarbeitern einen ihrer Hauptstützpunkte. Im Rahmen der Gewerkschaften wurden die politischen Differenzen ausgetragen. Der Führer der linken Opposition, Robert Dissmann, gewann immer stärkeren Rückhalt bei den unteren Organisationen, so daß er schon 1917 auf dem Verbandstag ein Korreferat neben dem Vertreter der Gewerkschaftsleitung halten konnte. Die Streiks der Metallarbeiter 1917 und 1918 wurden von der Opposition angeführt, während sich der Vorstand nicht mehr gegen die Unzufriedenheit der Arbeiter durchsetzen konnte. Gleichzeitig erkennt man, daß Streiks während eines Krieges notwendig über sozialpolitische Forderungen hinausgehen müssen und zu Musterbeispielen des sogenannten „politischen Streiks“ werden.

Der November 1918 brachte den Einsturz der morschen Militärmonarchie. Aber die USPD und die linke Gewerkschaftsopposition vermochten nicht, der Enttäuschung des Volkes die konkreten Ziele zu weisen. Große sozialpolitische Erfolge — Achtstundentag usw. — täuschten darüber zunächst hinweg, aber schon im Kapp-Putsch 1920 zeigte sich, wie wenig die Gelegenheit genutzt worden war, die soziale Republik zu verwirklichen und zu sichern. Mit der Darstellung dieser unausgenutzten Chancen schließt das Buch.

Dr. Kurt Kliem

HEINZ KLUTH
SOZIALPRESTIGE
UND SOZIALER STATUS

Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1957,
103 Seiten, 10,50 DM

Die Sammlung „Soziologische Gegenwartsfragen“, die im Jahr 1932 erschien, ging infolge der Zeitumstände dann bald wieder ein. Als erste Veröffentlichung der „Neuen Folge“ der „Soziologischen Gegenwartsfragen“ erscheint nunmehr eine Arbeit des Privatdozenten an der Universität Hamburg und Dozenten an der dortigen Akademie für Gemeinwirtschaft, Heinz Kluth. Das Arbeitsprogramm der „Soziologischen Gegenwartsfragen“ tritt bereits in dieser Firmierung zutage. Es ist eine Soziologie als Gegenwartskunde, die einer Klärung der brennenden Probleme dienen will, welche die gesellschaftliche Lage unserer Zeit uns stellt.

Ein solches brennendes Problem wird in der vorliegenden Schrift behandelt. Nur kommt das in ihrem Titel nicht deutlich genug zum Ausdruck, es sei denn, man wolle sich nur dem Kreis der „Eingeweihten“ verständlich machen. Die Bedeutung der Schrift greift aber über eine innerakademische Begriffschkussion hinaus. Es geht ihr um eine Antwort auf die Frage nach den Grundlagen und Voraussetzungen gesellschaftlicher Sicherheit und Stabilität. Es handelt sich dabei um ein Anliegen, das alle Völker berührt, die sich der Industrialisierung verschrieben haben. Ob diesem Anliegen damit gedient wird, daß man „historisch abgesättigte Begriffe“ (wie Klasse, Rasse, Volk, Stand) auf gesellschaftliche Phänomene der Gegenwart überträgt, ob also das, was gestern Sicherheit und Stabilität gewährte, auch heute oder gar morgen noch diese Aufgabe zu leisten vermag, ist höchst zweifelhaft. Das gilt für alle Fälle, wo sich die innere Struktur der gesellschaftlichen Phänomene gewandelt hat und nur ihre äußeren Formen scheinbar gleich geblieben sind. Von hier aus setzt sich der Verfasser — um eines der meist diskutierten Probleme herauszugreifen — mit der sogenannten berufsständischen Ordnung auseinander, die er für strukturell nicht mehr möglich hält schon dann, wenn man nur die Auswirkungen der hohen Funktionsteilung und deren Veränderlichkeit in der modernen Welt konsequent zu Ende denkt.

Somit kann eine berufsständische Ordnung das tiefe Sicherheitsbedürfnis des modernen Menschen nicht befriedigen. Dies kann nur die Gewißheit des sozialen Status, der Zugehörigkeit zu einer in ihren Lebensumständen beständigen sozialen Gruppierung und Stufung (Schelsky). Der Stand *war* solche sehr wesentliche Form des Status, ein gesellschaftliches Eingordnetsein in ein von allgemein anerkannten Werten abgeleitetes Ranggefüge, innerhalb dessen die sozialen Gruppen teilhaben an der Verwirklichung dieser Werte. Diese Teilhabe bestimmt das Sozialprestige. Das Eingordnetsein ist ein ebenso wesentliches Element der sozialen Sicherheit wie die materielle Existenzsicherung.

Dem Sozialprestige, dem sozialen Status und der sozialen Sicherheit liegen Werte zugrunde, die Bestandteile des Lebensgefühls, des Glaubensschatzes einer Gesellschaft und als solche die „höchsten geistigen Synthesen“, die „Leitideen“ der Gesellschaft sind. Es sind verbindende, verbindliche Werte. Sozialprestige und damit sozialer Status und soziale Sicherheit fängt an zu zerbröckeln, wenn die Fraglosigkeit der Werte durchbrochen wird. Lebensstandard und rationell meßbare Leistung als Werte der industriellen Gesellschaft sind keine verbindenden und verbindlichen Werte. Wo aber sind heute diese Werte? Auf diese Frage wird keine Antwort gegeben, aber betont, daß die „gesellschaftlichen Werte“ in den soziologischen Forschungsansatz einbezogen werden müssen.

Die Schrift gibt eine Fülle prägnanter Formulierungen, die Ansätze für weiteres Nachdenken bieten über eine Ordnung, welche die zentralen materiellen oder immateriellen Bedürfnisse schützend und sinngebend umschließt. Was aber die Leitideen angeht, so weiß niemand, um mit Max Weber zu sprechen, ob am Ende unserer gesellschaftlichen Entwicklung „ganz neue Propheten oder eine mächtige Wiedergeburt alter Gedanken und Ideale stehen wird“.

Prof. Dr. Dr. Hans Lutz

RUDOLPH M. WITTENBERG
DIE JUGEND VERSTEHEN —
DER JUGEND HELFEN

Ein Ratgeber für geistige Gesundheitspflege

Bartmann Verlag, Köln/Freien, 224 Seiten, 9,80 DM

In der Übersetzung von Wolfgang Dürr legt hier der Bartmann-Verlag ein typisch amerikanisches Buch über Gruppenpädagogik vor. Würde nicht ein Vorwort des UNESCO-Jugend-Instituts, München-Gauting, in kurzen Worten auf wesentliche Unterschiede zwischen der amerikanischen und deutschen Jugendgruppenarbeit sowie auf die unterschiedliche Verwendung mancher wesentlicher Begriffe hinweisen, so stände der deutsche Jugendleiter ein wenig hilflos vor diesem Buch. Der Einfluß des großen österreichischen Psychologen S. Freud hat be-

kanntlich in den Vereinigten Staaten eine ganze Wissenschaft mit eigenen Fakultäten an Colleges entwickelt, die sich mit den zwischenmenschlichen Beziehungen befaßt. Das hierbei das Schwergewicht auf den *methodischen* Problemen liegt, ist eine weitere Eigenheit, die von drüben zu uns in immer stärkerem Maße herüberklingt. Dieses Buch ist ein besonderer Ausdruck dafür. Und wir müssen zusätzlich noch wissen, daß die Rolle des Kindes in Amerika fast eine „privilegierte“ gegenüber den Erwachsenen genannt werden kann, was für uns weder in der Familie noch in der Gesellschaft behauptet werden kann.

An Hand von anschaulichen Beispielen aus der Praxis des Gruppenlebens in Nachbarschaftshäusern, Jugendklubs und Pfadfindergruppen, aber auch Schulklassen, deren pädagogisch-methodischer Grundgehalt verallgemeinert wird, schildert das Buch, wie der Jugendleiter dem einzelnen Jugendlichen Hilfe leisten kann zu einer eigenständigen Persönlichkeit zu werden, die sich gut in die Gemeinschaft einfügt. Dabei wird der entscheidende Wert darauf gelegt, daß der Jugendleiter ein inniges Beziehungsverhältnis zu dem einzelnen jungen Menschen schafft. Dieses wird ihm ermöglicht, wenn er die Taten und Verhaltensweisen des Jugendlichen zu verstehen sucht, d. h. deren psychologischen Gründen und Hintergründen nachgeht. Deutlich klingt Freud hindurch, wenn darauf hingewiesen wird, daß die meisten Verhaltensweisen sich durch frühe Kindheitseindrücke erklären lassen. Eben aus der amerikanischen Betrachtung des Kindes in seiner gesellschaftlichen Rolle wird klar, daß die meisten Probleme schon als gelöst angesehen werden und die notwendige Hilfe damit gegeben ist, wenn man als Erzieher Verständnis für die Verhaltensweisen des Kindes und Jugendlichen aufbringt und dies dem jungen Menschen zeigt.

Der amerikanische Gruppenführer (besser: Gruppenberater) ist in jedem Falle Erwachsener. Er ist von vornherein das Gegenüber der Gruppe. Hier wird der Unterschied zur deutschen Situation besonders deutlich. Zwar gibt es natürlich auch bei uns den erwachsenen Gruppenleiter, aber in unserer „Theorie“ ist der Gruppenleiter viel mehr Teil der Gruppe als ihr Gegenüber. Der geschichtliche Vorgang der Jugendbewegung mit ihrem Schwergewicht in dem selbsterzieherischen Element innerhalb der Jugendgemeinschaft selbst — den Amerika in dieser Form nicht erlebt hat — läßt sich bei uns (man möchte sagen: zum Glück) noch nicht verleugnen. Dieses aber von der Sache her selbstverständlich auch in Amerika in jeder Gruppe vorhandene Element der Selbsterziehung findet dort in der Theorie der Gruppenpädagogik fast keine Beachtung. Auf der anderen Seite fehlt die bei uns heute vorhandene Überbetonung des formalen demokratischen Vorgangs im Gruppenleben. Ein Land mit alter demokratischer Tradition hat dies nicht nötig.

Den deutschen Lesern wird außerdem die Schwäche in der Heraushebung und Darstellung des Ziels der Gruppenarbeit auffallen. Hier zeigt sich, daß die Jugendarbeit bei uns nach wie vor starke weltanschauliche Prägungen hat, aus denen sich die Frage nach dem Erziehungsziel der einzelnen Gemeinschaften immer als primär ergibt. Diese Frage stellt sich Amerika praktisch gar nicht. Sie findet auch in diesem Buch eigentlich keine Erörterung. Es ist dort so selbstverständlich, daß die Zielformulierung für alle Gruppen und Klubs bis hin zur Sonntagschule gleichermaßen lauten würde: „To be a good Citizen“ — ein guter (demokratischer) Staatsbürger zu sein. Die Frage nach der Änderung der Basis und des Inhalts der gesellschaftlichen Ordnung ist eben in der amerikanischen Pädagogik nicht gestellt. So wird auch erklärlich, daß sich das Schwergewicht der Betrachtungen der Methodik der Menschenführung unter stark psychologischen Aspekten zuwendet. Wenn unsere Gruppenleiter also im Auge behalten, daß Gruppenpädagogik immer nur pädagogische Methoden nicht aber die Grundfragen der Erziehung selbst behandelt, dann wird ihnen dieses Buch von Rudolph M. Wittenberg eine Hilfe sein, ihre eigene tägliche Tätigkeit in Jugendgemeinschaften geistig zu durchdringen und ihre praktischen Erkenntnisse im Umgang mit jungen Menschen zu vertiefen, ohne dabei zu einem einseitigen „Seelenarzt“ zu werden.

Heinz Westphal

**KARL HEINZ SOHN
JUGEND, BETRIEBSVERTRETUNGEN,
GEWERKSCHAFTEN**

Eine Untersuchung über das Verhältnis schulentlassener Jugendlichen zu Betriebsvertretungen, Gewerkschaften und politischen Parteien. Herausgegeben vom DGB-Ortsausschuß Köln, 1956, 112 Seiten.

Wir haben uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, daß die Umfrageinstitute von Zeit zu Zeit feststellen, wie die Menschen über diese oder jene Frage denken. Aber wenige dieser Umfragen vermitteln einen Einblick in die Haltung oder die Situation der Befragten, um die man gerade wissen muß, wenn man zu richtigen Schlußfolgerungen gelangen will. Wir dürfen deshalb dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Köln dankbar sein, daß er seinem Bildungssekretär *K. H. Sohn* Gelegenheit gegeben hat, eine Untersuchung zum Thema „Jugend — Betriebsvertretungen — Gewerkschaften“ durchzuführen, die sich eingehend mit den damit angesprochenen Fragen beschäftigt.

Wir können hier aus den Ergebnissen der Forschungsarbeit nur einige herausgreifen, die vor allem unser Interesse verdienen. Da zeigt sich zunächst bei den in die Untersuchung einbezogenen schulentlassenen jungen Menschen im Alter von 14 und 15 Jahren ein erstaunlicher

Mangel an Wissen über einfädle Zusammenhänge des öffentlichen Lebens und seine Einrichtungen. Rund 60 vH der Befragten wußten etwa über die Gewerkschaften überhaupt nichts zu sagen, und bei anderen Fragen ist der Informationsgrad nicht sehr viel besser. Wenn man also eine staatsbürgerliche Erziehung ernsthaft will, dann müßte diese Bildung wohl mit sehr viel größerer Intensität betrieben werden als heute. Es kann dabei nicht nur um eine Verbesserung der Arbeit in den Schulen gehen. Eine Urteilsbildung junger Menschen über die Dinge der Politik wird heute auch dadurch erschwert, daß sich z. B. die Parteien in ihren allgemeinen Forderungen erkennbar kaum noch voneinander unterscheiden. Sie sind alle für Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden usw. Die Parteien könnten also ebenso wie die Gewerkschaften durch die Erarbeitung konkreter Programme sehr viel tun, um der Jugend ein begründetes Urteil zu erleichtern. Die Jugendverbände haben für die Hebung des politischen Niveaus — dies zeigt die Untersuchung — schon Erhebliches geleistet, denn ihre Mitglieder lassen mehr Tatkraft erkennen und sind weitaus besser informiert als ihre Altersgenossen, die keiner Jugendgruppe angehören.

Zu denken gibt auch ein anderes Ergebnis der Forschungsarbeit. Jeder fünfte junge Mensch hat gesagt, er habe niemanden, mit dem er seine dienstlichen und persönlichen Sorgen besprechen könne. Das ist schlimm, denn wie will man von einem jungen Menschen erwarten, sich eine Haltung für sein Leben zu erarbeiten, wenn ihm dabei niemand mit Rat und Tat zur Seite steht? Soweit es um Sorgen bei der Arbeit und im Betrieb geht, wenden sich die meisten Jugendlichen (49 vH) an ihre Vorgesetzten, während 13 vH ihre Kollegen zu Rate ziehen und nur 4 vH den Betriebsrat um Hilfe bitten. Gerade aus diesem Ergebnis müssen die Gewerkschaften entnehmen, wie sehr es darauf ankommt, den jungen Menschen im Betrieb auch in ihren persönlichen Sorgen zu helfen.

Daß man hier nicht den Weg der kühlen organisatorischen Beziehungen zu jungen Menschen wählen kann, liegt auf der Hand und wird durch die Untersuchung auch in anderer Hinsicht bestätigt. So geben 63 vH der befragten Jungen und Mädchen an, zu ihrem Beruf aus eigenem Entschluß gekommen zu sein, während 35 vH durch andere Personen dazu geraten wurde und nur 10 vH durch die Berufsberatung oder Arbeitsvermittlung einen wirksamen Hinweis erhielten. Die Institutionen und Organisationen unserer Gesellschaft sind also offenbar noch nicht in dem Maße leistungsfähig, wie das aus vielen Gründen für die Entwicklung junger Menschen zu wünschen wäre. Die privaten und öffentlichen Bereiche des Lebens wieder zusammenzubringen, ist eine Aufgabe, deren Vordringlichkeit auch die vorliegende gute Arbeit erneut beweist.

-ul.

J. F. VOLRAD DENEKE
DIE FREIEN BERUFE

Friedrich Vorwerk Verlag, Stuttgart
384 Seiten, Ganzleinen 19,80 DM

Der Deutsche Soziologentag hatte auf seiner Tagung im Jahre 1954 das Thema „Die freien Berufe“ zur Diskussion gestellt. Viel Neues kam dabei nicht heraus, wenn auch sehr viel Kluges und Richtiges zur Situation dieser Berufsgruppen gesagt wurde. Dennoch blieb eine Lücke, die Deneke „wenigstens durch einen Aufriß der relevanten Fragestellungen zu überbrücken“ versucht. Diese soziale und wirtschaftliche Gruppe ist tatsächlich so etwas wie „the forgotten man“. Sie paßt nicht in die geläufigen Schemata. Ihre Angehörigen sind weder Arbeitgeber, Unternehmer, Kapitalisten noch sind sie Arbeitnehmer. Sie treiben im echten Sinne des Wortes kein Gewerbe. Mit den steuerpolitischen und steuerrechtlichen Einordnungen ist nichts Gescheites anzufangen. Soziologisch und auch ökonomisch ist es völlig abwegig, die freien Berufe etwa zum mittelständischen Gewerbe zu rechnen, was auch Deneke überzeugend nachweist.

Man kommt aber nicht weiter, wenn man lediglich feststellt, was die freien Berufe *nicht* sind, man muß sie formal und materiell in das ökonomische und soziale Gefüge der modernen Gesellschaft richtig einordnen, um ihren Standort bestimmen zu können. Deneke tut dies, indem er — von der Entwicklung in Hellas und Rom ausgehend — ihre spezifische Situation im Mittelalter und in der Neuzeit hervorhebt, um dann den Begriff des freien Berufs scharf herauszumeißeln. Über Abgrenzung und Systematik der freien Berufe führt er die Diskussion zu dem Problem: Klasse oder Stand? Viel trägt zur Klärung bei, daß er es ablehnt, die freien Berufe zum alten „gewerblichen“ Mittelstand zu rechnen, aber ebenso auch ihre Zugehörigkeit zum neuen Mittelstand der Angestellten und Beamten mit guten Gründen bestreitet. „Die freien Berufe stehen somit zwischen altem und neuem Mittelstand als etwas Arteigenes.“ Im Schema der herkömmlichen — und auch der neuesten — Klasseneinteilung haben sie auch keinen rechten Platz, da es z. B. reiche und arme Ärzte, Anwälte usw. gibt. Man kann überhaupt nicht prinzipiell sagen, daß die freien Berufe irgendeiner — hohen oder niedrigen — Wohlhabensschicht zuzuordnen seien. Geschichtlich wird diese Tatsache dadurch verwischt, daß — und dies war bis zum ersten Weltkrieg besonders deutlich — die Angehörigen der freien Berufe zumeist aus den oberen Schichten der Bevölkerung kamen. Deneke untersucht anschließend die Gründe für den Niedergang der wirtschaftlichen Situation der freien Berufe. Die eigentümliche Stellung der freien Berufe im Markt, die Eigenart des „Honorars“, das weder „Gewinn“ noch „Lohn“ ist, werden deutlich herausgearbeitet. Mit Recht wird die geringe Organisationsfähigkeit der freien Berufe auf wesens-

eigene Merkmale zurückgeführt. Dennoch bestehen, wie Deneke mitteilt, 31 freiberufliche Verbände, die dem Bundesverband der freien Berufe angeschlossen sind. Als erste umfassende monographische Zusammenfassung der Problematik der freien Berufe ist das Buch ein äußerst wertvoller Beitrag zur Soziologie und Sozialkunde, der bisher gefehlt hat.

Dr. F. Theunert

DIE BESCHÄFTIGUNGSFREIHEIT DER
MONTANFACHARBEITER

Verlag Franz Vahlen GmbH, Berlin und Frankfurt.
197 Seiten, Preis 16,75 DM.

Durch den am 18. April 1951 abgeschlossenen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sind nicht nur rein wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen Gegenstand einer gemeinsamen europäischen Betrachtung geworden, sondern auch im arbeits- und sozialpolitischen Bereich hat die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl von sich reden gemacht. Ein in diesem Gebiet liegendes Problem dürfte die Beschäftigungsfreiheit für Montanfacharbeiter sein, die auf einen Beschluß des besonderen Ministerrates der Montanunion vom 8. Dezember 1954 zurückzuführen ist. Zu diesem Fragegebiet ist das obengenannte Buch erschienen, das in einer umfassenden und doch leichtverständlichen, erläuternden Darstellung alle gesetzlichen Vorschriften und rechtsverbindlichen Beschlüsse behandelt, die als Grundlagen für die Beschäftigungsfreiheit dienen.

Die Beschäftigungsfreiheit gilt nicht für alle in der Kohlen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeitnehmer, sondern vorerst nur für anerkannte Facharbeiter. Wer die Facharbeiterschaft besitzt, wird in einer ersten Liste aufgeführt, die im Kohlen- und Erzbergbau unter Tage z. B. vom Bergwerksingenieur über den Betriebsführer und technischen Angestellten, den Hauer, bis zum Grubenschlosser und Grubenmaurer reicht, wenn diese Personen die vorgeschriebene Fachausbildung abgeschlossen oder mindestens zwei Jahre im Bergbau tätig gewesen sind. In der ersten Berufsliste sind auch alle Facharbeiter der Stahlindustrie erfaßt, die Anspruch auf die im Artikel 69 des Vertrages enthaltene Beschäftigungsfreiheit haben. Die erste Berufsliste ist von allen Mitgliedstaaten anerkannt und damit rechtsverbindlich geworden.

Um jedoch in den Genuß der Beschäftigungsfreiheit zu kommen, ist von der Hohen Behörde eine Arbeitskarte eingeführt worden, die nur von einem anerkannten Facharbeiter beantragt und in Anspruch genommen werden kann. Durch verschiedenste Auflagen ist verhindert worden, daß eine willkürliche Handhabung dieser Möglichkeit der Beschäftigungsfreiheit erfolgen kann.

N.

SEPP GROTH
DAS ALTER IM AUFBRUCH DES
DASEINS

Soziographisches Institut an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, Neue Druck- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main, 239 S., kart. 9,80 DM

„Wir Alten sind zuviel da auf der Welt, es wäre besser für uns und die anderen, wir wären nicht mehr da.“ Diese Äußerung einer siebzehnjährigen Frau, die auf nichts mehr hofft, zeigt deutlicher als ellenlange Abhandlungen: Das Alter ist heute zum Problem geworden. Die „Altersfrage“ hat zwei Seiten, eine materielle und eine immaterielle; die Frage der Sicherung des Lebensunterhalts und die Frage des Daseinssinns für den alten Menschen. Beide Fragen hängen eng zusammen und haben eine gemeinsame Wurzel.

Die Wurzel der Altersfrage ist die moderne Industriegesellschaft. Das Zusammenleben von Großeltern, Eltern und Enkeln in einem Wirtschafts- und Daseinsverband ist heute zur Seltenheit geworden. Die bäuerliche oder handwerkliche Hauswirtschaft hat einem Haushalt Platz gemacht, also einer Wohn- und Kochgemeinschaft. An die Stelle der gemeinsam betriebenen Erwerbswirtschaft ist das Geldverdienen in einem fremden Betrieb getreten. Die Jungfamilie, die sich auf diese Weise ihren Lebensunterhalt selbst verdient, will von den Alten nichts mehr wissen. Die Schwiegereltern, einst die geachteten Häupter der Familienwirtschaft, sind vom Volksmund längst spöttisch zu

Witzfiguren gestempelt worden. In einer Gesellschaft, wo Gelderwerb und Produktivität Trumpf sind, gilt nur die erwerbstüchtige Jugend. Die Alten werden als Last empfunden. In wirtschaftlicher Hinsicht erweist sich die Altersfrage als ein Teilproblem der Arbeitnehmerfrage. Vermögenslos und aus dem schützenden Sorgeverband der Familienwirtschaft entlassen, muß der alte Arbeitnehmer von einer kümmerlichen Rente sein Dasein fristen. Viele der alten Leute sind völlig vereinsamt. In Wärmestuben, Lesehallen und Parks ziellos herumwandernd, werden sie am Sinn ihres Daseins irre.

An Hand einer umfassenden soziographischen Untersuchung im Nordend einer westdeutschen Großstadt wird in dieser Schrift von Sepp Groth ein erschütterndes, aber wirklichkeitsgetreues Bild des Daseins der Alten gezeichnet. Wird die Lektüre auch ein wenig erschwert durch eigenwillige Wortschöpfungen, vermeidbare Wiederholungen und einige statistische Spielereien, so tut dies dem Wert der Untersuchung kaum einen Abbruch. Angedeutete Lösungsmöglichkeiten der Altersfrage, wie das Wiederausammenfügen von Jung- und Altfamilie, wenn nicht in einer problematisch gewordenen Haushaltsgemeinschaft, so doch in einem Hausverband oder durch Wohnungsbeschaffung in örtlicher Nähe, verdienen Beachtung und sollten bei der Wohnungspolitik gebührend berücksichtigt werden. *K. Schayer*